

§ 5	Die Haftungsfunktion des § 613 a BGB im Konkurs als Sanierungshindernis – Eigene Betrachtung der teleologischen Reduktion –	91
I.	Der Grundsatz der gleichmäßigen Gläubigerbefriedigung als untaugliches Abgrenzungskriterium	92
1.	Inhalt des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung	92
a)	Geschichtliche Erscheinungsformen des Gleichbehandlungsgrundsatzes	94
b)	Der Gleichbehandlungsgrundsatz im gegenwärtigen Insolvenzrecht	97
aa)	Maßnahmen zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung	97
bb)	Die konkursrechtliche Verteilungsordnung	100
(1)	Dinglich gesicherte Gläubiger	100
(2)	Massegläubiger	102
(3)	Die Rangordnung der Konkursforderungen	103
2.	Die besondere Privilegierung der Arbeitnehmerforderungen	104
a)	Ansprüche aus Sozialplänen und auf den Nachteilsausgleich	105
aa)	Die Entscheidung des Großen Senats des BAG v. 13.12. 1978	106
bb)	Die Regelungen des Sozialplangesetzes	109
b)	Der Abfindungsanspruch i.S.v. §§ 9, 10 KSchG	110
c)	Lohnansprüche	112
d)	Ruhegeldansprüche	115
II.	Die Sanierungshilfe als wahrer Grund einer eingeschränkten Erwerberhaftung	116
1.	Erleichterung einer übertragenden Sanierung als Alternative zur Betriebsstillegung	116
a)	Arbeitsplatzzerhaltung als Hauptzweck des § 613 a BGB	117
b)	Vereitelung der ratio legis des § 613 a BGB durch Behinderung einer übertragenden Sanierung	118
aa)	Rechtstatsächliche Untersuchungen über die Sanierungsfeindlichkeit des § 613 a BGB	120
bb)	Zur Möglichkeit der Herabsetzung des Kaufpreises	121
c)	Die Haftungsbefreiung von Altverbindlichkeiten als Beitrag zur Sanierungshilfe	124
2.	Vergleich zur Sanierungshilfe nach § 16 II SpTrUG	126

3.	Vereinbarkeit einer auf die Sanierungshilfe gestützten teleologischen Reduktion des § 613 a BGB mit dem EU-Recht . . . . .	127
4.	Einhaltung der Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung . . . . .	129
5.	Keine zweckwidrige Verwendung des PSV als Sanierungshelfer . .	132
	a) Zweckgerechte Einstandspflicht des PSV . . . . .	133
	b) Im neuen Insolvenzrecht: Gesetzlich angeordnete Liquiditätshilfe durch den PSV . . . . .	134
III.	Zur eingeschränkten Erwerberhaftung bei der „übertragenden Sanierung im engeren Sinne“ . . . . .	135
§ 6	Ergebnisüberprüfung anhand des ab dem 1.1.1999 geltenden Insolvenzrechts	139
I.	Keine auf vollständige Gleichheit angelegte Gläubigerbefriedigung . . .	140
II.	Die Bedeutung der übertragenden Sanierung im neuen Insolvenzrecht .	142
	1. Die Hervorhebung der übertragenden Sanierung als Sanierungsinstrument . . . . .	143
	2. Die übertragende Sanierung auf der Grundlage eines Insolvenzplans	144
§ 7	Sonderfall: Verfallbare Anwartschaften . . . . .	145
I.	Das Schicksal verfallbarer Versorgungsanwartschaften bei Übergang eines insolventen Betriebs . . . . .	146
II.	Die Bedeutung des ab dem 1.1.1999 geltenden Insolvenzrechts für die Haftung für verfallbare Versorgungsanwartschaften . . . . .	149

*Zweiter Teil*

**Die Erwerberhaftung für Ruhegeldanwartschaften  
beim Betriebsübergang nach Ablehnung  
der Konkursöffnung mangels Masse**

151

§ 8	Die Voraussetzungen von § 107 KO . . . . .	152
§ 9	Die sog. formlose Liquidation eines masselosen Betriebs . . . . .	154
I.	Masselose Konkurse als Massenphänomen . . . . .	155
II.	Die Interessen der Beteiligten am Übergang eines „masselosen“ Betriebs	155
§ 10	Die Geltung der Haftungsfunktion von § 613 a BGB bei einer Betriebsveräußerung im Stadium der „masselosen“ Liquidation . . . . .	158
I.	Die Auffassungen im Schrifttum . . . . .	158
	1. Uneingeschränkte Erwerberhaftung . . . . .	159

2. Die Beschränkung der Erwerberhaftung auf Neuschulden . . . . .	161
II. Die Auffassung der Rechtsprechung . . . . .	162
1. BAG-Urteil v. 30.7.1980: Eingeschränkte Erwerberhaftung . . . . .	162
2. BAG-Urteil v. 20.11.1984: Uneingeschränkte Erwerberhaftung . . .	163
3. Der aktuelle Stand . . . . .	163
§ 11 Kritische Betrachtung der uneingeschränkten Erwerberhaftung unter beson- derer Berücksichtigung der Einstandspflicht des PSV . . . . .	164
I. Grundsätzliche Bedenken gegen eine uneingeschränkte Erwerberhaftung	165
1. Das Bedürfnis einer Einschränkung der Erwerberhaftung . . . . .	166
a) Parallele zwischen der Liquidation des Unternehmens nach einem Eröffnungsbeschluß und der Liquidation nach einem Ablehnungsbeschluß . . . . .	167
aa) Vorliegen eines materiellen Konkursgrundes . . . . .	168
bb) Drohende Betriebsstillegung . . . . .	169
b) Schmalere Grat zwischen dem Eröffnungs- und dem Ablehnungs- beschluß . . . . .	173
c) Umgehungsmöglichkeit durch Zahlung eines Kostenvorschusses	175
d) Zum Vorwurf einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Haftungs- beschränkung . . . . .	177
aa) Fehlende Kontrolle und Aufsicht . . . . .	178
(1) Abgrenzung zur sog. freien Sanierung . . . . .	179
(2) Beliebige Verteilung der Restmasse . . . . .	180
bb) Antragstellung trotz offensichtlicher Masselosigkeit . . . . .	181
2. Vereinbarkeit einer beschränkten Erwerberhaftung mit dem EU-Recht . . . . .	184
3. Keine „Sowieso-Haftung“ des Erwerbers nach §§ 25 HGB, 419 BGB . . . . .	186
a) Vermeidbarkeit einer Haftung nach § 25 HGB . . . . .	186
b) Keine Behinderung einer Unternehmensveräußerung durch § 419 BGB . . . . .	187
aa) Kritik an der Zeitgemäßheit des § 419 BGB . . . . .	189
bb) Die Aufhebung des § 419 BGB mit Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung . . . . .	190
cc) Die teleologische Reduktion des § 419 BGB bei der Unter- nehmensübertragung nach einem Ablehnungsbeschluß i.S.v. § 107 KO . . . . .	191

II. Kollision der Erwerberhaftung mit der Einstandspflicht des PSV bei unterstellter Geltung der Haftungsfunktion des § 613 a BGB	194
1. Keine Haftungskonkurrenz bei verfallbaren Versorgungsanwartschaften	194
2. Zur Haftungskonkurrenz bei unverfallbaren Versorgungsanwartschaften	196
a) Die Einstandspflicht des PSV	196
aa) Der Sicherungsfall nach § 7 I 3 Nr. 1 BetrAVG	196
bb) Der Zeitpunkt der Begründung der Einstandspflicht	197
cc) Der Forderungsübergang auf den PSV	197
b) Zum Ausschluß der Erwerberhaftung auf Tatbestandsebene	199
aa) Die sog. Tatbestandslösung und die „Rückbeziehung des Forderungsübergangs“	199
bb) Die „Rückbeziehung des Forderungsübergangs“ als untaugliche Rechtfertigung der Tatbestandslösung	200
c) Zur uneingeschränkten Erwerberhaftung für die beim Ver- äußerer erdienten Anwartschaften	202
aa) Die Erwerberhaftung gegenüber dem einstandspflichtigen PSV	203
(1) Der Betriebserwerber als Rückgriffsschuldner i.S.v. § 9 II BetrAVG	203
(2) Bedenken gegen die Eigenschaft des Betriebserwerbers als Rückgriffsschuldner i.S.v. § 9 II BetrAVG	204
(a) Zur Anwendbarkeit des § 9 II BetrAVG auf den Betriebserwerber	205
(b) Zur Vereinbarkeit der Erwerberhaftung mit der insolvenzbedingten Umwandlung des Rückgriffsanspruchs	207
(c) Das Regreßverbot nach § 9 II 2 BetrAVG	208
bb) Die Erwerberhaftung anstelle der Einstandspflicht des PSV	210
(1) Zum Wegfall der Einstandspflicht aufgrund des Betriebsübergangs	211
(a) Subsidiarität der Einstandspflicht	211
(b) Keine endgültige Rechtszuweisung nach § 9 II BetrAVG	213
(2) Bedenken gegen eine Befreiung des PSV von der Einstandspflicht	214
(a) Das Fehlen eines rechtsgeschäftlichen Erlöschensgrundes	215

(b) Das Fehlen eines gesetzlich angeordneten Er- löschensgrundes . . . . .	215
(c) Zur Subsidiarität der Einstandspflicht nach § 7 I 3 Nr. 1 BetrAVG . . . . .	216
(aa) Zur Endgültigkeit der Rechtszuweisung nach § 9 II BetrAVG – Widersprüche der h.M. . . . .	217
(bb) Vergleich mit dem Sicherungsfall nach § 7 I 3 Nr. 4 BetrAVG . . . . .	218
(cc) Vergleich mit dem Sicherungsfall nach § 7 I 3 Nr. 2 BetrAVG (Quotenvergleich) . . . .	219
(dd) Zur Kollision von Erwerberhaftung und Ein- standsverpflichtung des PSV beim Siche- rungsfall des gerichtlichen Vergleichs . . . .	221
(ee) Vereinbarkeit einer endgültigen Einstands- pflicht des PSV mit § 7 I 3 Nr. 5 BetrAVG	222
(ff) Insolvenzschutz aufgrund anerkannter Ver- festigung erdienter unverfallbarer Versor- gungsanwartschaften – Spezialität der In- solvenzsicherung – . . . . .	223

### *Dritter Teil*

## **Die Erwerberhaftung für Ruhegeldanwartschaften beim Betriebsübergang im Falle der Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse** 226

§ 12 Voraussetzungen und Rechtsfolgen von § 204 KO . . . . .	227
§ 13 Betriebsveräußerung zwischen Eröffnungs- und Einstellungsbeschluß . . . .	228
I. Das Vorliegen der Voraussetzungen der eingeschränkten Erwerber- haftung . . . . .	229
II. Zum Wegfall der Haftungsbeschränkung . . . . .	229
1. Die uneingeschränkte Geltung von § 613 a BGB . . . . .	230
a) Keine Verletzung konkursrechtlicher Grundsätze . . . . .	230
b) Parallele zu den Auswirkungen des Ablehnungsbeschlusses nach § 107 KO . . . . .	230
2. Die Aufrechterhaltung der Haftungsbeschränkung . . . . .	231
a) Die Verteilung der Restmasse als Beleg für die Geltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes . . . . .	231

b) Zum Argument der „Chance gleichmäßiger Gläubigerbefriedigung“ .....	233
c) Erforderlichkeit der teleologischen Reduktion des § 613 a BGB aufgrund gerichtlich festgestellter Sanierungsbedürftigkeit	234
d) Endgültigkeit der Einstandsverpflichtung des PSV .....	235
§ 14 Die Betriebsveräußerung nach dem Einstellungsbeschluß .....	237
I. Veräußerung nach einer Verteilung des Restvermögens gem. § 204 KO	237
II. Veräußerung nach einer Verteilung der Barmittel gem. § 207 InsO ...	238

#### *Vierter Teil*

<b>Die Erwerberhaftung für Ruhegeldanwartschaften beim Betriebsübergang und nachfolgender Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses im Rechtsmittelverfahren</b>	242
--	-----

§ 15 Voraussetzungen und Wirkungen der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses im Rechtsmittelverfahren .....	242
I. Beschwerdebefugnis, -frist und -gründe .....	242
II. Die Rechtsfolgen der erfolgreichen sofortigen Beschwerde .....	243
III. Auswirkungen der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses auf die Insol- venzsicherung der betrieblichen Altersversorgung .....	244
§ 16 Zur (Weiter-)Geltung der Haftungsbeschränkung des Erwerbers .....	244
I. Uneingeschränkte Erwerberhaftung bei Anwendung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung .....	245
II. Nach dem Beschwerdegrund differenzierende Lösung .....	245
1. Haftungsbeschränkung bei Masseunzulänglichkeit als Beschwerde- grund .....	246
2. Uneingeschränkte Erwerberhaftung bei sonstigen Beschwerde- gründen .....	247

#### *Fünfter Teil*

<b>Die Erwerberhaftung für Ruhegeldanwartschaften beim Betriebsübergang im Konkursantragsverfahren</b>	250
--	-----

§ 17 Betriebsveräußerung durch den Sequester .....	250
I. Sequestrationsanordnung, Zweck und Wirkungen der Sequestration ...	251

1. Sequestrationsanordnung	251
2. Zweck der Sequestration	252
3. Wirkungen der Sequestration	253
II. Die Interessen der Beteiligten an einer möglichst frühzeitigen Betriebsveräußerung	253
III. Die Zulässigkeit von Betriebsveräußerungen in der Sequestration	256
1. Sicherungsmaßnahme kontra Verwertungsmaßnahme	256
2. Wahrung der Schuldnerinteressen	258
a) Betriebsveräußerung mit Zustimmung des Schuldners	259
b) Betriebsveräußerung bei unmittelbar bevorstehender Konkursöffnung	259
3. Keine Umgehung des Gläubigermitspracherechts	261
IV. Die Zulässigkeit von Betriebsveräußerungen im vorläufigen Insolvenzverfahren (§§ 20 ff. InsO)	263
§ 18 Zur teleologischen Reduktion der Haftungsfunktion des § 613 a BGB	265
I. Der Vergleich eines Betriebserwerbs vom Sequester mit einem Betriebserwerb vom Konkursverwalter	266
1. Der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung	266
a) Die generelle Untauglichkeit des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes zur Begründung der Haftungsreduktion des § 613 a BGB	267
b) Die Vorverlagerung der Geltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf den Zeitpunkt der Sequestrationsanordnung in anderen Fällen	268
aa) Die Beschränkung einer Einzelzwangsvollstreckung während der Sequestration	269
bb) Die Anfechtbarkeit von nach dem Eröffnungsantrag erfolgten Rechtshandlungen	270
cc) Die Aufrechnungsbeschränkung während der Sequestration	271
2. Die Veräußerung eines konkursreifen Betriebs in einem unter gerichtlicher Kontrolle stehenden Verfahren	272
a) Vorliegen eines Konkursgrundes	273
b) Drohende Betriebsstillegung	275
c) Keine mißbräuchliche Ausnutzung der Haftungsbeschränkung	275

3. Vereinbarkeit einer beschränkten Erwerberhaftung mit dem EU-Recht .....	277
4. Keine „Sowieso-Haftung“ des Erwerbers nach §§ 25 HGB, 419 BGB .....	277
II. Wahrung des Bestandsschutzes und die Einstandspflicht des PSV für Ruhegeldanwartschaften .....	277
1. Verfallbare Versorgungsanwartschaften .....	278
2. Unverfallbare Versorgungsanwartschaften .....	279
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>283</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>312</b>





## **Einleitung**

### **§ 1 Einführung in das Thema**

In einer Zeit, in der der langfristige Bestand des Generationenvertrages in bezug auf die Renten immer häufiger in Frage gestellt wird, wächst neben dem Bedürfnis einer privaten Vorsorge die Bedeutung der Absicherung im Alter durch eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung. Der Wert dieser sog. zweiten Säule des sozialen Sicherungssystems<sup>1</sup> für den einzelnen Arbeitnehmer muß sich daran messen lassen, ob und inwieweit seine Interessen im Falle der Insolvenz seines Arbeitgebers gewahrt werden. Das gilt insbesondere in einer Zeit, in der immer neue „Insolvenzrekorde“ gemeldet werden<sup>2</sup>.

Damit der Arbeitnehmer im Krisenfall seine Alterssicherung nicht verliert, gewährt ihm das Betriebsrentengesetz (BetrAVG<sup>3</sup>) in den §§ 7-15 BetrAVG Insolvenzschutz. Statt des insolventen Arbeitgebers trägt der Pensionssicherungsverein auf Gegenseitigkeit<sup>4</sup> die Versorgungsverbindlichkeiten. Ob das auch dann gilt, wenn ein insolventer Betrieb oder ein Betriebsteil des insolventen Unternehmens veräußert wird, ist eine der meist diskutierten Fragen im Ruhegeldrecht. Im Zentrum der Diskussion steht insbesondere die Vorschrift des § 613 a BGB. Nach § 613 a I 1 BGB tritt derjenige, der einen Betrieb durch Rechtsgeschäft erwirbt, in die Rechte und Pflichten der zum Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnisse ein. Ob dies auch dann gilt, wenn über das Vermögen des Betriebsveräußerers das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wurde bereits in einigen wissenschaftlichen Abhandlungen thematisiert. Trotzdem rechtfertigt sich die vorliegende Arbeit aus folgenden Gründen: Das eröffnete Konkursverfahren ist nur eines von mehreren Stadien der Insolvenz.

---

<sup>1</sup> Vgl. jüngst BVerwG, ZIP 1995, 1527.

<sup>2</sup> Vgl. etwa in der „FAZ“ v. 8.11.1995, S. 17: „In Deutschland droht ein neuer Insolvenzrekord“. Einzelheiten zum Anstieg der Insolvenzen im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, 1995, S. 138 ff.

<sup>3</sup> Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung i.d.F. v. 19.12.1974 (BGBl. I, S. 3610).

<sup>4</sup> Künftig abgekürzt PSV.

In Betracht kommen zudem noch das Stadium nach Ablehnung der Konkursöffnung mangels Masse, das Stadium vor und nach einem Einstellungsbeschluß, der Zeitraum zwischen der Konkursöffnung und der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses im Rechtsmittelverfahren sowie das Stadium zwischen der Konkursantragsstellung und der konkursgerichtlichen Entscheidung, also das Konkursöffnungsverfahren. Die verschiedenen Insolvenzstadien sind auch für die Insolvenzversicherung im Recht der betrieblichen Altersversorgung von Bedeutung. Das wird insbesondere dadurch deutlich, daß die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers nur ein Fall von insgesamt sechs Sicherungsfällen darstellt, in denen das Betriebsrentengesetz nach § 7 I BetrAVG Insolvenzschutz gewährt. Die Frage der Erwerberhaftung nach § 613 a I BGB und insbesondere diejenige der Kollision zwischen der Erwerberhaftung und der Einstandspflicht des PSV beschränken sich mithin nicht nur auf den Fall einer Betriebsveräußerung während des Konkursverfahrens. Gerade diese Konstellation stand bislang aber eindeutig im Mittelpunkt der Diskussion. Die Probleme einer Harmonisierung der Erwerberhaftung nach § 613 a I BGB mit der insolvenzrechtlichen Absicherung der betrieblichen Altersversorgung ergeben sich gleichermaßen in allen Stadien der Insolvenz; sie bilden im folgenden den Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Zudem hat der Gedanke der Unternehmenssanierung in Form einer übertragenden Sanierung durch die Diskussion um die Insolvenzrechtsreform und die am 18.10.1994 verabschiedete Insolvenzordnung (InsO)<sup>5</sup>, deren Neuregelungen mit in diese Untersuchung einbezogen worden sind, einen neuen Stellenwert erlangt, der auch zu einer Neubelebung des Streits um die Anwendbarkeit des § 613 a BGB bei Insolvenz des Veräußerers führen muß.

## I. Der Begriff der „übertragenden Sanierung“

Den Begriff der „übertragenden Sanierung“ hat K. Schmidt geprägt<sup>6</sup>. Er beschreibt damit den Vorgang, daß die nichthaftenden Träger des sich im Konkurs befindlichen Unternehmens, also beispielhaft die Gesellschafter einer GmbH, eine neue Gesellschaft allein mit dem Ziel gründen, das marode Unternehmen

---

<sup>5</sup> BGBl. I 1994, S. 2866.

<sup>6</sup> ZIP 1980, 328, 336. — Vgl. auch K. Schmidt, ZGR 1984, 196, 198; ders., in: Leipold, Wege zum Insolvenzrecht der Unternehmer, 1990, S. 141 ff.; ders., Insolvenzrecht im Umbruch, 1991, S. 67 ff.

zu erwerben<sup>7</sup>. Heute wird der Begriff der „übertragenden Sanierung“ im allgemeinen weiter gefaßt. Als übernehmender Unternehmensträger kommt nicht nur eine neu gegründete Gesellschaft, sondern auch eine bestehende Gesellschaft, beispielsweise ein Konkurrenzunternehmen, in Betracht<sup>8</sup>. Im folgenden soll daher die Betriebsveräußerung an eine Gesellschaft, die von den nicht-haftenden Trägern des veräußerten Unternehmens gegründet worden ist, um das konkursbefangene Unternehmen zu erwerben, als „übertragende Sanierung im engeren Sinne“ bezeichnet werden.

## II. Eingrenzung des Themas

Diese Arbeit beschränkt sich auf eine Untersuchung der Erwerberhaftung für Ruhegeldanwartschaften. Die zweite große Fallgruppe, bei der die Frage der Erwerberhaftung nach dem Übergang eines maroden Betriebes eine bedeutsame Rolle spielt, nämlich die Übernahmehaftung für rückständigen Lohn, wird bewußt ausgeklammert. Die Insolvenzversicherung durch das von der Bundesanstalt für Arbeit zu leistende Konkursausfallgeld (§§ 141 a ff. AFG) weist zwar zahlreiche Parallelen zur Insolvenzversicherung im Recht der betrieblichen Altersversorgung auf; ein wesentlicher Unterschied liegt jedoch bereits in der Funktion beider Insolvenzversicherungen: Während das Konkursausfallgeld eine Schnellleistung als Unterhaltersatz darstellt, geht es bei der Insolvenzversicherung von Ruhegeldanwartschaften um eine langfristige Bedarfsdeckung. Diese unterschiedlichen Zwecke, die sich auch positivrechtlich niedergeschlagen haben<sup>9</sup>, ziehen vor allem im Hinblick auf die Kollision mit einer möglichen Haftung des Betriebserwerbers unterschiedliche Beurteilungen nach sich, die im Rahmen

---

<sup>7</sup> Abzugrenzen ist diese Gesellschaft von der sog. Auffanggesellschaft. Auch die Auffanggesellschaft basiert zwar auf einer Neugründung aus Anlaß der Unternehmenskrise. Sie wird jedoch von den Gläubigern gebildet, und zwar regelmäßig mit dem Ziel, das Konkursverfahren abzuwenden. – Vgl. dazu nur *Gottwald*, KTS 1984, 1, 16 f.

<sup>8</sup> BFH, DB 1986, 1803; *Angermann*, Zivilrechtliche Probleme beim Unternehmenskauf, 1987, S. 163; *Baur*, JZ 1982, 577, 578; *Berscheid*, in: Festschrift, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, 1994, S. 405, 429 f.; *ders.*, AnwBl 1995, 8, 16; *Gottwald / Heinze*, Insolvenzrechts-Handbuch, § 5 Rdnr. 5; *Groß*, Sanierung durch Fortführungsgesellschaften, 1982, S. 165 ff.; *ders.*, KTS 1982, 305 ff.; *Hanau*, KTS 1982, 625, 628; *Kuhn / Uhlenbruck*, KO, § 1 Rn. 80 I, Vorbem. L § 207 Rn. 1; *Stürner*, ZIP 1982, 761, 763, 771; *Timm*, ZIP 1983, 225, 226.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. § 141 e AFG (Antragserfordernis und Ausschußfrist) sowie insbesondere § 141 f. AFG (sog. vorfinanziertes Konkursausfallgeld). Entsprechende Vorschriften enthält das Betriebsrentengesetz nicht.